

Stellungnahme zum „Qualitätspaket für Kitas und Schulen“ von  
Senator Zöllner

Beschluss des Landesvorstandes vom 27.06.2011

---

## **„Qualitätspaket 2.0“ – Nicht viel Neues für die Bildung**

Auch die überarbeitete Version des „Qualitätspakets“ stößt bei der GEW BERLIN auf Widerspruch. Die Vorschläge aus den Bildungseinrichtungen wurde erneut ignoriert.

### ***Aussagen des „Qualitätspakets“ zu Kindertagesstätten***

Kern der für die Kindertagesstätten vorgesehenen Maßnahmen sind Vorschläge zur Verbesserung der Sprachförderung sowie des Kitabesuchs.

Diese Zielvorstellungen werden von der GEW BERLIN begrüßt, allerdings sehen wir nicht, dass sie mit den vorgeschlagenen Maßnahmen realisiert werden können.

### **Zur Förderung des Kitabesuchs**

Als positiv für die Entwicklung des Kindes hat sich zweifelsfrei ein möglichst früher Kitabesuch erwiesen. Problematisch ist es allerdings aus unserer Sicht, dies mit Sanktionen gegen die Eltern zu verbinden. Es stellt sich nicht nur die Frage, ob die betroffenen Eltern immer in der Lage sind, Bußgelder zu bezahlen, sondern was passiert, wenn sie das Kind nicht in die Kita schicken? Soll es mit der Polizei in die Einrichtung gebracht werden?

Sinnvoller ist es u. A. nach, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Eltern von den positiven Auswirkungen des Kitabesuchs zu überzeugen (Hausbesuche, Infomaterial, spätestens am dritten Geburtstag des Kindes einen Gutschein für einen Kitaplatz überreichen usw.).

### **Zur Sprachförderung**

*Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Integration.* Der Sprachbildung kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu. Allerdings ist es aus unserer Sicht mehr als fraglich, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet sind, diese Zielsetzung zu erreichen. Sprachförderung in der Kita gelingt durch alltagsintegrierte Spachentwicklungsbegleitung. Kinder lernen Sprache durch sprechen und nicht durch Feststellungsverfahren oder Tests.

Das Qualitätspaket enthält – nicht näher ausgeführte Hinweise – auf weitere Untersuchungen/Tests, die z. T. bereits vor dem vierten Lebensjahr durchgeführt werden sollen bzw. in Zusammenhang mit der Reihenuntersuchung durchgeführt werden sollen. Der Sprachteil der Schuleingangsuntersuchung soll weiterentwickelt werden. Die Bildungschancen der Kinder werden sich durch die Einführung dieser Maßnahmen nicht verbessern.

Das trifft u. E. auch auf die Erarbeitung eines frühkindlichen Grundwortschatzes zu. Kinder lernen in sprachanregenden, mit ihrer Lebenswelt verbundenen Situationen. Dabei sind Wortschatzlisten wenig hilfreich.

Zur Verbesserung der Sprachbildung in der Kita hält die GEW BERLIN stattdessen folgende Maßnahmen für sinnvoll:

- Ausweitung des Programms „Sprachförderung für Kinder unter drei Jahren“ des

BMFSFJ mit Landesmitteln in Berlin. Die GEW BERLIN hält es für sinnvoller, direkt in zusätzliches Personal zu investieren, das die Sprachförderung in den Einrichtungen unterstützend begleitet.

- Verbesserung der Personalausstattung in den Kitas. Alltagsintegrierte Sprachförderung gelingt besser in kleinen Gruppen, in denen jedes Kind zu Wort kommt und die ErzieherInnen die Möglichkeit haben, den Spracherwerb des Kindes individuell zu unterstützen.
- Den ErzieherInnen muss ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit bekommen. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Qualitätsentwicklung der pädagogischen Arbeit.
- Den ErzieherInnen müssen ausreichend Fortbildungen zur Sprachförderung zur Verfügung gestellt werden. Als Sprachvorbilder kommt ihnen außerdem eine besondere Bedeutung zu. Allen ErzieherInnen ist deshalb ein regelmäßiges Coaching im Alltag anzubieten.

In Berlin fehlen qualifizierte Fachkräfte. Zudem stehen nicht ausreichend Kitaplätze für alle Kinder zur Verfügung. Es können nicht alle Erzieherstellen in den Kitas besetzt werden. Die GEW BERLIN hätte erwartet, dass diesen grundlegenden Problemen Aufmerksamkeit zuteil geworden wird. Ausreichend und qualifiziertes Fachpersonal ist die Basis für eine gelingende Sprachförderung. Deshalb muss alles unternommen werden, damit auch in Berlin genügend ErzieherInnen für eine erfolgreiche Sprachbildung in der Kita zur Verfügung stehen.

### **Aussagen des „Qualitätspakets“ zu Schulen**

Als Grundproblem lässt sich weiter der die Schulen vereinzelnde Ansatz festhalten. Schulen sollen je einzeln Konzepte zur Verbesserung der Bildungsqualität entwickeln, deren Ergebnisse werden dann vor allem in Form von Testergebnissen mit einander verglichen. Diese Herangehensweise abstrahiert von den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen an Schulen und sie treibt die Schulen in eine Konkurrenz, bei der es Verlierer geben muss. Störend ist der zum Teil vorhandene populistische Ansatz, wie er z.B. bei den Bußgeldern für SchülerInnen (ab 14 Jahren) deutlich wird.

Grundsätzlich stellt die GEW BERLIN mit Bedauern fest, dass die für den Bereich Schule gemachten Vorschläge die Tatsache ausblenden, dass es in Berlin an allen Grundschulen sowie (im Aufbau) an den ISS einen offenen oder gebundenen Ganztagsbetrieb gibt. Ganztagschulen sind vor allem deshalb eingerichtet worden, um Bildungsbenachteiligungen abzubauen und eine bestmögliche (Sprach-) Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu erzielen. Allerdings haben z.Z. nicht alle GrundschülerInnen Anspruch auf die Teilnahme an Ganztagsangeboten. Zur Qualitätsverbesserung fordert die GEW BERLIN daher, dass alle SchülerInnen einen Anspruch auf eine ganztägige Schule haben.

Nun zu einzelnen Punkten:

### **Sprachförderung**

Das Hauptproblem der Sprachförderung an Berliner Schulen liegt nicht vorrangig im Fehlen von Konzepten oder Qualifikationen, sondern im Fehlen von Mitteln. Eine Bindung der Mittelvergabe an ein Sprachbildungskonzept mag sinnvoll sein. Warum den Aufwand dafür jede Schule einzeln leisten muss, ist nicht nachvollziehbar. Die Vergabe zusätzlicher Mittel nach wissenschaftlicher Expertise hört sich gut an, bleibt aber vorerst nur eine Ankündigung, zumal nicht einmal eine Andeutung über das zur Verfügung stehende Budget gemacht wird..

### **Transparenz, keine Rankings**

Die Veröffentlichung von Zahlen und Daten einzelner Schulen kann sinnvoll sein, aber nur,

wenn als Konsequenz problematischer Zahlen von Seiten der Senatsverwaltung personelle und materielle Unterstützung zur Verfügung gestellt wird. Ansonsten droht eine Stigmatisierung einzelner Schulen, auch wenn kein Ranking geplant ist.

Das Hauptproblem bei VERA 3 und VERA 8 ist die Existenz dieser Vergleichsarbeiten in der derzeitigen Form. Die GEW BERLIN begrüßt aber den Verzicht auf die Veröffentlichung der Ergebnisse und sieht darin auch einen Erfolg ihres Engagements in dieser Frage.

Die Senatsverwaltung ist unverändert der Meinung, quantifizierte Ergebnisse bildeten Lehr- und Lernleistungen erschöpfend ab: Da wird davon ausgegangen,

- dass die Veröffentlichung von Output-Daten jeder Schule im Internet,
- die Zwangs“förderung“ der dabei identifizierten „20 % leistungsschwächsten Schulen“,
- die Erstellung einer „Aufgabendatenbank“ zum Üben und Vorbereiten der Tests,

geeignet seien, wesentliche Probleme des Berliner Bildungswesens zu lösen.

Das Gegenteil wird der Fall sein, weil die naheliegende Reaktion eine gezielte Vorbereitung der SchülerInnen auf die Tests sein wird. Das trägt keinesfalls zur Steigerung der Bildungsqualität bei.

Bildungsqualität ist vor allem Qualität eines Entwicklungsprozesses: „Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und (...) gründliches Wissen und Können zu vermitteln.“ (Schulgesetz, §1, Satz 1). In diesem Sinn geht es mehr um Lern- und Entwicklungsfortschritt von SchülerInnen als um absolute Leistungen.

### **Echte Anerkennung statt Anerkennungskultur**

Echte Anerkennung würden Beschäftigte erhalten, wenn die Senatsverwaltung das Problem der Überlastung angehen, für Entlastung sorgen und gesund erhaltende, präventive Maßnahmen ergreifen würde. Kurz: Die glaubwürdigste Form der Anerkennung ist die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für die Beschäftigten an den Schulen. Völlig ausgeblendet wird auch die Tatsache, dass in der Berliner Schule außer Lehrkräften einige Tausend ErzieherInnen und SozialpädagogInnen arbeiten. Sie finden weder Berücksichtigung bei der „Anerkennungskultur“ noch bei Fragen der Personalentwicklung. Zentrale Voraussetzung dafür ist eine auskömmliche Ausstattung der Schulen.

Empfänge und Preise für die Besten, Freikarten für SchülerInnen, das ist nicht ausreichend.

### **Qualitätsentwicklung und verbessertes Organisationsmanagement**

Auch die Unterstützung der Schülerevaluation des Unterrichts ist grundsätzlich sinnvoll, die Verbindlichkeit ist an dieser Stelle aber für die Motivation der KollegInnen problematisch.

Die Möglichkeit für die Schulen in der Schulanfangsphase von der Pflicht zur Altersmischung abzugehen und abweichende Konzepte zu entwickeln, trägt zum Abbau von Überlastung an einigen Schulen bei. Ein Nebeneffekt ist die Befriedung einer aufgeheizten Debatte. Sinnvoller wäre es allerdings eine bessere personelle und räumliche Ausstattung der SAPH bereit zu stellen.

Qualifizierungsmaßnahmen für Schulleitungen sind eine gute Idee. Allerdings wird es entscheidend auf die Inhalte der Maßnahmen ankommen. Eine endgültige Bewertung ist also derzeit nicht möglich.

## **Berufliche Schulen werden zu Kompetenzzentren**

Hier bezieht sich die Senatsbildungsverwaltung vermutlich auf das Schulgesetz, speziell auf die §§ 7 (schulische Selbständigkeit und Eigenverantwortung) und 35 (Oberstufenzentren). In § 35 (1) Satz 3 steht: „ Sie (gemeint sind die OSZ) können in Absprache mit den Partnern in der dualen Ausbildung berufliche Fort- und Weiterbildungslehrgänge anbieten und sollen sich zu Kompetenzzentren entwickeln.“ Die Frage, die jetzt offenbar beantwortet werden soll, ist: Geht das in der jetzigen Rechtsform? – Also als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die GEW BERLIN kann der Senatsbildungsverwaltung nur raten, über die passende Rechtsform erst nach ausgiebiger Beratung – auch mit den Verbänden und Gewerkschaften – zu befinden. Vielleicht ist ja sogar die nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts die passende Rechtsform, wenn die Schulen zusätzlich in einigen Entscheidungsfeldern mehr Gestaltungsspielräume von der Senatsverwaltung erhalten.

## **Hilfen und Unterstützung für Lehrkräfte und Schulen**

Im Punkt Hilfen und Unterstützung für Lehrkräfte sieht das Qualitätspaket für den Einstieg in den LehrerInnenberuf eine einjährige Berufseinstiegsphase mit Angeboten zur begleitenden Unterstützung vor. 26 ModeratorInnen erhielten eine 17-monatige Weiterbildung zur Erlangung verschiedener Kompetenzen wie z. B. Moderation, Beratung, Zeitmanagement und in kollegialer Fallberatung. Sie werden für ihre Tätigkeit im Gegensatz zu den Teilnehmenden in großzügiger (? , angemessener?) Weise freigestellt.

Die Teilnehmenden, die sich neu mit den Anforderungen des Berufs, häufig in Vollzeit, arrangieren müssen, neue Aufgaben übernehmen werden, zum Beispiel die einer Klassenlehrerin oder die sich an der Schulentwicklung ihrer Schule beteiligen, sollen ohne jede Freistellung oder Anrechnung an den Seminaren 12 Mal im Jahr teilnehmen.

Die Angebote für diese Gruppe sollen auf zwei Wochentage fixiert werden. Das heißt, wer an diesen beiden Tagen nicht kann, kann das Angebot nicht wahrnehmen. Soll das Angebot aber offen für alle sein, müssen sich die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen der Teilnehmenden orientieren, die zunächst abgefragt werden müssen. Die geplanten Zeiträume sind 15 bis 18 Uhr oder 16 bis 19 Uhr. Im letzteren Fall widersprechen sie den Absprachen über die zeitliche Lage von Fortbildungsveranstaltungen und familiengerechten Arbeitszeiten.

Die Veranstaltungen richten sich nach bisherigen Aussagen inhaltlich nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden. Allerdings ist bei der geplanten regionalen Struktur damit zu rechnen, dass der Wunsch nach Unterstützung konkret sehr unterschiedlich sein wird, wenn Lehrkräfte aus Grundschulen und Gymnasien oder anderen Sekundarschulen zusammen sitzen. Wie dem dann Rechnung getragen werden soll, liegt in der Verantwortung der ModeratorInnen, deren Teams sich zum Teil aus zwei Personen aus dem Bereich der Oberstufenzentren zusammen setzen. Hier dürften eher geringe Erfahrungen zum Beispiel zum Thema Elternarbeit vorliegen, was wiederum aber die KollegInnen der Grundschule stark beschäftigt und fordert.

Den Startpunkt setzt eine zentrale Veranstaltung, auf der mit mindestens 300 von 1200 BerufsanfängerInnen gerechnet wird. Ob das so aufgeht, kann erst nach dem 14. September beurteilt werden.

Festzuhalten bleibt - Unterstützung für den Berufseinstieg ist wichtig und richtig. Entlastet werden müssen hierfür aber vor allem auch die Betroffenen, damit sie sie wahrnehmen können und nicht als zusätzliche Belastung begreifen. Sie kommen derzeit ja zum Großteil aus dem einjährigen Referendariat. Die Begleitung im Berufseinstieg darf aber kein Ersatz für die Verkürzung der 2. Ausbildungsphase sein. Der Rahmen muss sich an den Bedürf-

nissen der BerufeinsteigerInnen orientieren und welches Setting dafür notwendig ist, wird die Praxis zeigen. Nach dem ersten Durchlauf muss eine Evaluation erfolgen.

Auch Fachcoaches zur Verbesserung des Fachunterrichts sind sicher sinnvoll. Ein Grundproblem ist allerdings das Misstrauen der Senatsverwaltung gegenüber den Schulen:

- Warum müssen die leistungsschwächsten 20% der Schulen die Fachcoaches in Anspruch nehmen.
- Warum sind 6 Doppelstunden Fortbildung pro Jahr verpflichtend?

Die GEW BERLIN ist der Ansicht, dass gute Angebote auch angenommen werden. Verpflichtung kann Überzeugung nicht ersetzen.

Fortbildungsbedarf innerhalb der Schule festzustellen, ist eine gute Idee. Warum das nur die Schulleitung tun soll, ist unverständlich.

**Als Fazit bleibt:** Auch dieses „Qualitätspaket“ ist geprägt von der Vorstellung, mehr Kontrolle von oben und mehr Entscheidungsrechte für die Schulleitungen seien notwendig, um endlich für qualitativ hochwertige Arbeit der Beschäftigten in den Schulen zu sorgen.

Die GEW BERLIN setzt sich ein für mehr Vertrauen in die Arbeit der Schulen, ihrer Beschäftigten und für eine Rückkehr zu mehr demokratischer Beteiligung der Beschäftigten.